

- 1 **Antrag-Nummer:** 6
- 2 **Antragsteller:** Diego Pala, Andreas Queissner
- 3 **Unterstützer:** Rachele Esposito
- 4 **Betreff:** Wir wollen mehr Demokratie wagen
- 5 **Adressat** Unterbezirksparteitag, SPD Bundesparteitag, Jusos Landeskonferenz

6 **Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:**

7

8 Wir fordern die Ausarbeitung einer Staatsreform, die die verfassungsrechtliche Schaffung einer
9 permanenten Bürgerversammlung zum Ziel hat.

10

11 Wir wollen mehr Beteiligung der Bürger an der Politik, um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken
12 und den Abstand zwischen Bürgern und Politik zu verringern. Gleichzeitig glauben wir aber, dass die
13 direkte Demokratie nicht der beste Weg ist, um die Bürger zu beteiligen.

14

15 Deswegen fordern wir, eine permanente Bürgerversammlung auf Bundesebene als neue Kammer zu
16 errichten, mit offiziellem Namen "Deutsche Bürgerversammlung".

17

18 Die Deutsche Bürgerversammlung soll 250 zufällig ausgeloste Bürger enthalten, von denen jedes Jahr
19 ein Fünftel gewechselt wird. Diese gelosten Bürger dürfen zehn Jahre vor und zehn Jahre nach den
20 Nominierungen keine politischen Ämter bekleiden. Das Losverfahren soll eine ausgewogene
21 Verteilung im Bereich der Geschlechterparität, sowie ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Ost- und
22 Westdeutschen gewährleisten. Ziel ist es, für das Gremium einen bestmöglichen Querschnitt der
23 Gesellschaft zu erreichen.

24

25 Zudem sollen nur Bürger in den Rat gelost werden, die auch nach den Bestimmungen des
26 Grundgesetzes in den Bundestag gewählt werden können.

27

28 Wir fordern dass die Deutsche Bürgerversammlung die folgenden Befugnisse erhält:

29

30 - Erste Aufgabe muss sein, das Parlament zu kontrollieren. Das bedeutet im Einzelnen: Die Festlegung
31 der Diäten und Pensionen der Politiker; die Kontrolle im Bereich Lobbyismus und die Bekämpfung von
32 Korruption. Die Deutsche Bürgerversammlung muss zudem das Recht haben,
33 Untersuchungsausschüsse einzuberufen.

34

35 - Initiativrecht, um neue Gesetze vorzuschlagen. Wenn sie nicht in zweiter Lesung durch den Bundestag
36 verabschiedet werden, muss der Bundestag begründen, warum dies nicht geschehen ist. Zu diesen
37 Gesetzesvorschlägen spricht ein Vertreter der Deutschen Bürgerversammlung im Bundestag.

38

39 - Gesetze, denen der Bundestag zugestimmt hat, sollen mit 2/3 - Mehrheit in die Deutsche
40 Bürgerversammlung geholt werden können, um dort debattiert zu werden und Änderungen
41 vorzunehmen. Lehnt der Bundestag diese Änderungen ab, tritt das Gesetz wie zuvor vom Bundestag
42 beschlossen in Kraft. Die Zeitspanne dazwischen darf nicht 2 Monate überschreiten. Vertreter der
43 Deutschen Bürgerversammlung dürfen auch an den Sitzungen der parlamentarischen Ausschüsse
44 teilnehmen.

45

46 - Ratgebende Funktion: Der Bundestag kann die Deutsche Bürgerversammlung damit beauftragen,
47 einen Vorschlag für eine bestimmte Frage zu erarbeiten.

48

49 Wir fordern, dass die Deutsche Bürgerversammlung Beschlüsse (Änderungen an Gesetzen von
50 Bundestag oder aus eigener Initiative) nur mit einer deutlichen Mehrheit (beispielsweise 60%)
51 annimmt, um ein möglichst großen Konsens zu erreichen ohne dass die Kammer handlungsunfähig
52 wird.

53
54 Wir schlagen vor, dass die Mitglieder der Deutschen Bürgerversammlung eine angemessene, an den
55 Durchschnittslohn gebundene Vergütung (z.B. zweimal den Durchschnittslohn in Deutschland)
56 erhalten, sodass eine breite Teilnahme an der Versammlung ermöglicht wird. Wir fordern, dass die
57 Mitglieder für die Dauer ihres Mandats freigestellt werden. Wir sind offen, weitere Maßnahmen zur
58 Rückkehr in den Arbeitsmarkt am Ende des fünfjährigen Mandats einzuführen.

59
60 Begründung:

61
62 In den letzten Jahren ist der Abstand zwischen Bürger und Politik in den westlichen Demokratien
63 größer geworden. Das Vertrauen in die Politik und den Rechtsstaat sinkt auf ein gefährliches Niveau.
64 Es scheint mittlerweile als Konstruktionsfehler der repräsentativen Demokratie, dass die
65 Parlamentarier sich selbst kontrollieren. Zu oft handeln die Abgeordneten nicht mehr nach dem
66 Gemeininteresse, sondern nach ihrem eigenen. Um diesen Widerspruch aufzulösen, muss eine Instanz
67 geschaffen werden, die die Parlamentarier selbst kontrolliert und nicht in Gefahr ist, durch zu lange
68 Amtszeiten und "den Weg der Instanzen" korrumpiert zu werden.

69
70 Populistische Parteien überspitzen diese Krise und nutzen sie aus, um politischen Konsens zu
71 gewinnen. Damit vereinfachen sie die Realität und stellen vermeintlich einfache Lösungen vor, wie
72 Sündenböcke anzuzeigen. Die etablierten Parteien versuchen entweder die populistischen Lösungen
73 zu kopieren oder leugnen Probleme gänzlich. Weiterhin sieht man unter dem Eindruck des Rechtsrucks
74 auch in demokratischen Parteien eine Tendenz, den Bürgerinnen und Bürgern zu misstrauen.

75
76 Eine Bürgerversammlung kann dabei helfen, der Erosion des Vertrauen in der Politik
77 entgegenzuwirken und mehr Verständnis für die politischen Prozesse zu schaffen. Die Bürger werden
78 damit mit der Komplexität der Politik konfrontiert und wird es unerlässlich, dass sie sich den Rat von
79 Wissenschaftlern, Ökonomen, Juristen, Professoren und Anderen einholen werden, um fundierte
80 Entscheidungen treffen zu können, aber gleichzeitig ohne die elitäre Prägung einer technokratischen
81 Regierung von "Experten" oder "Weisen".

82
83 Weil die Bürger sich nicht um eine Wiederwahl kümmern müssen, kann die Deutsche
84 Bürgerversammlung sich eher ein langfristiges Denken erlauben als die Politik, die viel zu oft nicht
85 weiter als an die aktuelle Legislaturperiode denkt.

86
87 Die Politik beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema, was die Bürger wirklich wollen. Und greift auf
88 die vermeintliche Lösung, die Umfragen anbieten.

89 Umfragen haben aber gravierende Nachteile:

- 90 - Umfragen sind nur Momentaufnahmen
91 - die Fragen selbst und wie sie gestellt werden, beeinflussen das Ergebnis maßgeblich.
92 - die meisten befragten Menschen haben sich mit vielen befragten Themen gar nicht befasst und sind
93 nicht informiert.
94 - das Framing durch die Medien (oder noch schlechter, durch soziale Netzwerke) verzerrt die Debatte
95 und manipuliert die Ergebnisse, wie zahlreiche Beispiele von den letzten Jahren beweisen können
96 - oft haben die Wähler selbst keine Position über bestimmte Themen, sondern folgen den Positionen
97 des eigenen politischen Lagers. Anders ausgedrückt: politische Zugehörigkeit vor Inhalt. Die Umfragen
98 widerspiegeln nicht inhaltliche Differenzen sondern die Beliebtheit der Parteien

99

100 Eine auf Umfragen basierende Politik ist Politik ohne eine Vision, die vergeblich versucht, der
101 öffentlichen Meinung nachzujagen. Oder anders formuliert: Eine Politik, die sich nach den Umfragen
102 dreht.

103
104 Wir denken auch, dass polarisierende Themen, an denen die Politik sich seit Jahren festgefahren hat
105 (z.B. Tempolimit, Organspenden), so besser diskutiert werden können, wenn die Abgeordnete keine
106 politischen Ziele verfolgen, wie die Beispiele Ehe für Alle und Abtreibung im erzkatholischen Irland
107 zeigen.

108
109 Sowohl das Parlament als auch die politischen Parteien bilden die Gesellschaft nicht ab. Bestimmte
110 Geschlechter, Altersgruppen, Minderheiten und Bildungsabschlüsse sind strukturell
111 unterrepräsentiert. Als Beispiel käme die Tatsache in Betracht, dass 87 Prozent der Abgeordneten
112 einen Hochschulabschluss haben, gegenüber einem Fünftel der Gesamtbevölkerung. Obwohl es
113 unmöglich und sinnlos wäre, ein gewähltes Parlament nach jeglicher Quote abzubilden, ist es durchaus
114 möglich, durch Losverfahren eine Versammlung zu bilden, die die Vielfalt der Gesellschaft abbildet.

115
116 Wir sind der Überzeugung, dass eine Bürgerversammlung nur wirksam sein kann, wenn sie permanent
117 und sichtbar ist, sowie das House of Lords im Vereinigten Königreich. Ad-hoc Bürgerräte mit
118 ausschließlich ratgebenden Aufgaben erfüllen den Zweck nicht.

119
120 Zu guter Letzt, hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die direkte Demokratie große Gefahren in
121 sich birgt. Deswegen haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes schließlich für eine indirekte
122 Demokratie entschieden. Im Verlauf der letzten 50 Jahre, insbesondere während und nach der
123 Wiedervereinigung, hat sich aber gezeigt, dass die repräsentative Demokratie anfällig für Korruption
124 und Lobbyismus ist. Entscheidungsträger sind oft zu weit weg von der Lebensrealität vieler Menschen.
125 Entscheidend hierbei ist also das richtige Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Elementen
126 zu finden, um ein stabileres und demokratischeres Gemeinwesen zu bilden.

127
128 Um dies zu erreichen, ist die Einführung direkter Elemente in unsere Demokratie erforderlich.
129 Allerdings muss dies auf die richtige Weise geschehen, um Demagogen vorzubeugen. Eine
130 Bürgerversammlung wäre eine solche Chance. Die indirekte Demokratie muss direkt kontrolliert
131 werden!

132

133

134 **Antrag** **angenommen**

135

136 **abgelehnt**

137

138 **überwiesen an**

139

140